

IK-	KORR	<p>Hrsg.: Insiderkomitee zur Förderung der kritischen Aneignung der Geschichte des MfS Arbeitsgemeinschaft in der GBM e.V.</p> <p>Postfach 790103, 13015 Berlin</p>	3/2002
Insiderkomitee			August

**Jour fixe im Mai 2002:**

### **Wie umgehen mit dem Aktenerbe des MfS ?**

Das Problem sind nicht die MfS-Akten, sondern der Umgang mit ihnen. Diese Feststellung aus unserer Diskussion erneut zu bestätigen, bedurfte es nur weniger Tage: Unmittelbar vor Beginn des Deutschen Turnfestes in Leipzig, am 14. Mai, wusste "Die Welt" zu berichten, der Leiter des Org-Komitees – ehemals Professor an der DHfK – sei IM der Verwaltung Aufklärung des MfNV und später der BV Leipzig des MfS gewesen. Einen Tag danach war er beurlaubt.

Im Jour fixe hatte Prof. Siegfried Prokop zornig gefragt, wie lange es noch gehen soll mit dem Ausnahmerecht für einen Teil der Nation?! Der geschilderte "Fall" macht Wichtigkeit und Berechtigung der Frage deutlich: Es geht nicht um abgeheftetes Papier, es geht um Menschenschicksale: um die der hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeiter des MfS ebenso wie um die von Menschen, die in unterschiedlichster Weise im Visier des MfS waren – von der simplen Sicherheitsüberprüfung bis zur Inhaftierung.

Die entsprechend differenzierten Interessenlagen prägen die Standpunkte in der auch nach erfolgter Novellierung des "Stasi-Unterlagen-Gesetzes" nicht beendeten Diskussion. Das wurde deutlich in den einführenden Beiträgen unserer Gäste Reinhard Schult (vormals Neues Forum) und Dr. Wilfriede Otto, die über die Anhörung des Bundestags-Innenausschusses am 28.04.02 berichteten, und ebenso im Einführungsreferat von Bodo Wegmann. Reinhard Schult sieht als wesentliche Ursache der neuerlichen Aufregung um das Unterlagengesetz an, daß "die politische Klasse im Westen das Gefühl gewonnen hat, die MfS-Akten könnten für sie Unangenehmes zu Tage bringen." Daher der Druck in Richtung restriktiven Umgangs mit den MfS-Akten. Für Frau Dr. Otto hat sich der Streit um den § 14 des StU-Gesetzes als Kernpunkt herausgeschält: Starke Kräfte drängen darauf, ab 2003 bei Aktenherausgabe alle Namen – außer denen von MfS-Mitarbeitern – zu schwärzen. Sollte es so kommen, befürchtet sie "katastrophale Folgen für die Forschung". Ihr Historiker-Kollege Prof. Prokop relativierte diese Befürchtung: Die MfS-Akten sollten als Quelle für DDR-Forschung nicht überschätzt werden. Diese Meinung sehe ich durch Argumente Bodo Wegmanns gestützt: Die Akten sind unvollständig erhalten, überdies für andere Zwecke und andere Nutzer geführt als die heutigen. (Leider wurde nicht diskutiert, wie weit "Überschätzung" bezüglich der MfS-Unterlagen treffend ist. Mir scheint auch die Einseitigkeit der Betrachtung von Belang. Die DDR vor allem durch die Optik der MfS-Unterlagen zu sehen, droht zu dem Zerrbild einer geheimpolizeilich dominierten Gesellschaft zu führen. Viele von Thomas Kleins Beiträgen zu unseren Diskussionen zeigen, wie aufschlußreich Studien in Archivbeständen der SED sind. Kein Wunder angesichts der Führungsrolle der SED. Aber diese Akten sind merkwürdigerweise kein Thema.)

Im übrigen bestand zwischen Frau Dr. Otto und Herrn Wegmann Übereinstimmung, daß die Akten in das Bundesarchiv eingegliedert werden müßten und dort nach den gleichen Regeln zugänglich sein sollten wie anderes Archivgut auch. Die Monopolstellung der BStU hinsichtlich Zugang und Verwendung der MfS-Akten, verbunden mit einem Anspruch der Behörde, allein die Akteninhalte auszuwerten und gültig zu interpretieren, hat negative Auswirkungen: nicht nur Zementierung der einseitigen Betrachtung, sondern – durch das StU-Gesetz vorgegeben – Unzugänglichkeit aller Informationen in MfS-Akten über westliche Geheimdienste, so daß es nicht nur an Vergleichbarkeit fehlt, sondern insbesondere die Abwehr des MfS als ein grundlos um sich schlagendes Monstrum ohne Gegner erscheint.

Was brachte die Diskussion an Ansätzen für eine Beantwortung der Frage im Thema ?

Zunächst ist festzustellen, daß es keine Stimme für ein Verbunkern der MfS-Unterlagen gab. Klaus Panster sprach sich definitiv für Zugang zu den Aktenbeständen für Forschungszwecke

aus, weil es gerade unser Interesse als Linke ist, unsere Geschichte allseitig und tiefgründig kritisch zu erkunden. Das ist oft schmerzhaft, aber notwendig. Unsere politische Zukunft braucht Analyse unserer bewahrenswerten Erfahrungen wie unserer theoretischen und praktischen Irrtümer und Fehler. Dem gegenüber verwies Sigurd Schulz aus eigenem Erleben darauf, daß Zugänge für Forschungen von zweifelhaftem Wert sind, wo vorgebliche Forscher wider besseres Wissen eine Urhebererschaft des MfS für Vorgänge konstruieren, die beweisbar andere Akteure hatten.

Konsens gab es, daß die Sonderbehandlung aufgrund eines Sondergesetzes und mit einer Sonderbehörde beendet werden muß. Das schließt Achtung und Durchsetzung des Personendatenschutzes ein, wie er im Archivwesen Gültigkeit hat.

Gefordert wurden gesetzliche Regelungen, die Möglichkeiten des Mißbrauchs der MfS-Akten zumindest eindämmen. Dazu gehört ein Ende der selektiven Öffnung: die Fakten und Erkenntnisse, die das MfS über die Subversion imperialistischer Geheimdienste und deren Hilfsorganisationen gewonnen hatte, müssen auf den Tisch. Unerlässlich ist eine sofortige Beendigung – nicht erst ab 2007, wie derzeit vorgesehen – der Auskünfte über eine IM-Tätigkeit. Außer Kraft zu setzen sind alle Regelungen auf dem Gebiet "Innere Sicherheit", die ehemalige DDR-Bürger diskriminieren, wie z.B. im Sicherheitsüberprüfungsgesetz. Einzuschränken ist - im Vergleich zu den Möglichkeiten von Forschern - der Aktenzugang für die Medien. Dr. Thomas Klein forderte nachdrücklich Kampf um die Öffnung der Archive westlicher Geheimdienste, besonders jener der BRD. Dem wurde von niemanden widersprochen, es gab aber auch keine erkennbare Resonanz. (Ich nehme an, hier zeigt sich eine Haltung bei Geheimdienst-Insidern, solche Forderung als wohl berechtigt, aber aussichtslos zu bewerten.) Im übrigen äußerte T. Klein sich enttäuscht, daß den Ankündigungen ehemals leitender Angehöriger des MfS, Insider-Wissen über den Westen öffentlich zu machen, keine Taten folgten. Nach über zehn Jahren sei da wohl auch nichts mehr zu erhoffen.

Die Hoffnung bewahrt hat Bodo Wegmann: An Name und Zweck unseres Komitees erinnernd, appellierte er an die Insider aus dem MfS, zu einem sachlicheren und bereichernden Umgang mit dem Erbe des MfS beizutragen. Er ermutigte zu eigenen Forschungen, zur Unterstützung der Forschungen anderer und zur Kritik an publizierten Ergebnissen. Die auf den Punkt gebrachte Begründung: "Die Akten haben die Fakten, die Insider haben die Geschichte dazu."

Eine Anmerkung gestatte ich mir als Berichterstatter noch: Wir Mitglieder des Komitees sollten uns an der Substanz in Beiträgen unserer Gäste ein Beispiel nehmen. Wenn Reinhard Schult im Diskussionsverlauf Anlaß für die Frage sieht "Was habt Ihr für Vorstellungen von Klassenkampf?" sollte uns das ins Grübeln bringen.

Klaus Panster